

"Ein Bündnis für Integration"

**Kriminalpräventive Ansätze
im Rahmen der Stuttgarter Integrationspolitik**

von

Gary Pavkovic

Dokument aus der

Internetdokumentation Deutscher Präventionstag

www.praeventionstag.de

Hrsg. von

Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks

im Auftrag der
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe

(DVS)

Zur Zitation:

Pavkovic, G. (2003): "Ein Bündnis für Integration". Kriminalpräventive Ansätze im Rahmen der Stuttgarter Integrationspolitik. In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.
http://www.praeventionstag.de/content/8_praev/doku/pavkovic/index_8_pavkovic.html

Gari Pavkovic

Landeshauptstadt Stuttgart
Stabsabteilung für Integrationspolitik
Eberhardstr. 61
70173 Stuttgart
Tel 0711 – 216 2645
Fax 0711 – 216 5640
Email: gari.pavkovic@stuttgart.de

„Ein Bündnis für Integration“

**Kriminalpräventive Ansätze
im Rahmen der Stuttgarter Integrationspolitik**

Vortrag
beim 8. Deutschen Präventionstag
am 29. April 2003 in Hannover

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung zum 8. Deutschen Präventionstag, der ich sehr gerne nachgekommen bin.

Mein Vortrag hat drei Schwerpunkte:

Zuerst möchte ich Ihnen das Stuttgarter Integrationskonzept „Ein Bündnis für Integration“ vorstellen, sozusagen unsere Gesamtstrategie der kommunalen Integrationspolitik.

In einem zweiten Schritt werde ich auf die Verzahnung von Integrationsarbeit und Kommunalprävention in Stuttgart eingehen.

Schließlich werde ich Ihnen an einem Praxisprojekt des Vereins „Deutsche Jugend aus Russland“ aufzeigen, wie eine erfolgreiche kriminalpräventive Integrationsarbeit mit Migrantenjugendlichen entwickelt worden ist.

Zur Situation in Stuttgart

Stuttgart hatte Ende 2002 insgesamt ca. 591.000 Einwohner, davon ca. 133.000 Nichtdeutsche. Mit einem Ausländeranteil von 22,5 % und mit Menschen aus 170 Nationen hat Stuttgart eine sehr heterogene Bevölkerungsstruktur. Obwohl der Ausländeranteil rückläufig ist, nimmt

die Internationalität der Bevölkerung zu. So sind beispielsweise 28 % aller 11- bis 14-jährigen und aller 15- bis 20-jährigen Nichtdeutsche. Zählt man deutsche Jugendliche mit Migrationshintergrund dazu – also junge Spätaussiedler und eingebürgerte Personen – liegt ihr Anteil bei über 35 %, Tendenz steigend.

Diese kulturell, religiös und sprachlich sehr heterogene Bevölkerung ist potenziell eine große Bereicherung für eine Stadt wie Stuttgart, die mit einer Exportquote über 50 % eine führende Rolle im internationalen Wettbewerb der Städte spielt. Ich sage potenziell, weil Zuwanderung jahrzehntelang einseitig unter dem Aspekt der Benachteiligung von Minderheiten oder der Belastung der deutschen Gesellschaft betrachtet wurde. Die alte „Ausländerpolitik“ hat die gewinnbringenden Ressourcen und Kompetenzen ihrer zugewanderten Bevölkerungsgruppen zu wenig für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft genutzt.

Aber auch der innere Zusammenhalt einer internationalen Stadt hängt stark davon ab, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ihr Zusammenleben tatsächlich gestalten. Wo gibt es Begegnungen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen im Alltag, wo gegenseitiges Lernen und wechselseitige Hilfe? Welche Rolle spielen die Vereine und

Organisationen der Migranten beispielsweise in der Jugend- und Integrationsarbeit?

Das Stuttgarter Integrationskonzept

Im Hinblick auf die wachsende Internationalität der Stuttgarter Bevölkerung und die damit verbundenen Zukunftsfragen hat unser Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster die Notwendigkeit gesehen, die bisherige Integrationsarbeit und die bestehenden Formen des Zusammenlebens neu und bewusster auf *gemeinsame Ziele* hin auszurichten. Nach der Übertragung der Integrationsabteilung in seinen Geschäftsbereich haben wir im Jahr 2001 das Grundlagenpapier „Ein Bündnis für Integration“ erstellt und vom Gemeinderat verabschieden lassen. Damit war Stuttgart eine der ersten Städte im Bundesgebiet mit einem integrationspolitischen Gesamtkonzept.

Der neue Ansatz: Orientierung nach Zielgruppen

Zielgruppen der neuen Integrationspolitik sind alle aus zugewanderten Personen in Stuttgart mit ihren besonderen individuellen, sozialen, kulturellen und migrationsspezifischen Merkmalen, die ihre jeweilige Lebenswelt ausmachen. Entscheidend für die Entwicklung und das Angebot von Integrationsmaßnahmen ist der tatsächliche Bedarf, der

sich an der sozialen Lage orientiert, und nicht die Nationalität der Personen. Es gibt viele Pass-Ausländer in Stuttgart, die gut integriert sind. Diese Zielgruppen sind für uns als potenzielle Bündnispartner in der Integrationsarbeit wichtig. Es gibt viele Pass-Deutsche, die auf Grund ihrer sozialen und gesellschaftlichen Benachteiligung gezielte Integrationshilfen benötigen. Dazu gehören junge Spätaussiedler als die größte Zuwanderergruppe mit einem besonderen Förderbedarf.

Unser Ansatz trägt der Tatsache Rechnung, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, die sowohl von der zugewanderten als auch von der einheimischen Bevölkerung mitgetragen werden muss.

Ein Problem stellen die verschiedenen Förderrichtlinien auf Bundes- und Landesebene für verschiedene Migrantengruppen dar. So sind beispielsweise Flüchtlinge von vielen Fördermaßnahmen ausgeschlossen. Auf kommunaler Ebene müssen wir aber auch für Menschen, die unter Umständen nur für befristete Zeit bei uns leben, Chancen für eine gute Eingliederung ermöglichen. In Stuttgart lebten zeitweise über 10.000 Flüchtlinge, vor allem während des Krieges in Bosnien-Herzegowina. Damit hatten wir auch die Konflikte aus den Herkunftsländern bzw. ihre Folgen in Stuttgart: traumatisierte Familien, die in der Gefahr waren, die Gewaltspirale zu wiederholen.

Ziele der Integrationspolitik:

Daraus lassen sich für unsere Integrationspolitik folgende Ziele ableiten:

- Die Förderung der Integration und Partizipation von Menschen unterschiedlicher Herkunft im Sinne der Chancengleichheit.
- Die Förderung des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen als Beitrag zur Sicherheit.
- Die Nutzung der kulturellen Vielfalt für die Erweiterung der persönlichen und beruflichen Kompetenzen aller in der internationalen Gesellschaft.

Die genannten Ziele werden in den einzelnen Handlungsfeldern durch Projekte und andere integrationsfördernde Maßnahmen umgesetzt.

Entscheidend ist, dass alle Akteure Integration als eine Querschnittsaufgabe betrachten, mit definierten und gemeinsam abgestimmten Zuständigkeiten in ihrem jeweiligen Bereich. Die Gesamtverantwortung und Steuerung der Integrationsmaßnahmen in den städtischen Ämtern obliegt den Leitungen, die Zielvorgaben erstellen und die Ziele periodisch auf ihre Umsetzung hin überprüfen.

Die Qualität der Umsetzung wird durch eine enge Zusammenarbeit der Kooperationspartner sichergestellt. Eine wichtige Rolle dabei spielen Organisationen mit einer langjährigen Erfahrung in der Arbeit mit Migranten wie die Migrationssozialdienste der freien Wohlfahrtsverbände sowie Einrichtungen mit interkulturellen Konzepten und Teams, aber auch Migrantenselbstorganisationen mit ihrem ehrenamtlichen Engagement.

Handlungsfelder

An dieser Stelle möchte ich nur die derzeit wichtigsten Handlungsfelder der Stuttgarter Integrationspolitik nennen. Diese sind:

Deutsch- und Integrationskurse für Migranten nach dem Stuttgarter Modell, die niederschwellig und wohnortsnah in den Stadtteilen angeboten werden.

Die Integrationskurse im Umfang von 150 Stunden werden zu 50 % vom Land Baden-Württemberg aus Mitteln der Landesstiftung finanziert. Im Jahr 2002 konnten in einem Trägerverbund von 11 Sprachkursanbietern 38 Integrationskurse stadtteilorientiert angeboten werden. 507 Zuwanderer aus 64 verschiedenen Nationen absolvierten einen Integrationskurs. Dabei handelte es sich in 165 Fällen um Neuzuwanderer (Aufenthalt in Deutschland bis zu einem Jahr). Niederschwellige Deutschkurse werden für Personen angeboten, die bislang von Bundesfinanzierungen und anderen Fördermöglichkeiten ausgeschlossen sind. Über diese Kurse wurden im Jahr 2002 weitere 177 Teilnehmer aus 48 Nationen erreicht. Der Anteil der Frauen bei den niederschwelligen Deutschkursen betrug 77 %.

Zur kommunalen Co-Finanzierung der Sprach- und Integrationskurse wurden im Haushalt 2002/03 vom Gemeinderat 137.500 €/Jahr genehmigt.

Die Stabsabteilung für Integrationspolitik hat die Gesamtkoordination für das Stuttgarter Modell der Sprachförderung.

Sprach- und Bildungsoffensive für Kinder und Jugendliche:

Hier sind vor allem zu nennen: das Projekt „Ganzheitliche Sprachförderung im Kindergarten“, das Projekt „Sprach- und Bildungsförderung für Kinder und Eltern nichtdeutscher Muttersprache an Grund- und Hauptschulen“ sowie das „Kooperationsnetzwerk für die berufliche Qualifizierung junger Menschen mit Migrationshintergrund – BQN Stuttgart“, das derzeit aufgebaut wird.

Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien weisen auch in Stuttgart schlechtere Bildungsverläufe auf. Über 50 % der nichtdeutschen Grundschülerinnen und –schüler treten in die Hauptschule über (Deutsche ca. 20 %) und unter 20 % aufs Gymnasium (Deutsche über 50 %). Etwa 6 % der nichtdeutschen Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss (Deutsche ca. 3 %).

Erinnern Sie sich bitte, dass ich eingangs gesagt habe, dass etwa 35 % aller Jugendlichen in Stuttgart Menschen mit Migrationshintergrund sind. Das heißt, dass das künftige Bildungsniveau der Stuttgarter Bevölkerung

insgesamt weiter sinken wird, wenn wir es nicht schaffen, die Bildungsverläufe dieser jungen Menschen in den nächsten Jahren deutlich zu verbessern. Wir haben bereits jetzt unter den Migrant*innen Jugendlichen viele Geringqualifizierte, die zwar die selben Ansprüche haben wie ihre Altersgenossen, aber deutlich schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft insgesamt. Damit stellen diese Personen auch unter dem Sicherheitsaspekt eine Risikogruppe dar, vor allem wenn zu Sprach- und Bildungsproblemen familiäre Belastungen, Gewalterfahrung in der Kindheit und Beschränkung der Freizeitkontakte auf gewaltgeneigte Jugendcliquen dazukommen.

In unserem Schulprojekt, das wir an sechs Grund- und Hauptschulen mit einem hohen Anteil nichtdeutscher Schüler/innen durchführen, unterstützen wir vor allem die Migrant*inneneltern in ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag und fördern ihre aktive Beteiligung am Schulgeschehen. Dabei arbeiten interkulturell erfahrene externe Experten mit den Lehrerkollegien der Schulen zusammen. Sie führen gemeinsam Deutschkurse und thematische Elternveranstaltungen an den Schulen durch und entwickeln zusätzliche Schülerhilfen und kreative Projekte für die Schülerinnen und Schüler.

Als weitere Handlungsfelder möchte ich nur kurz anführen:

- Förderung der Integration in den Stadtteilen
- Unterstützung der Stadtverwaltung bei der interkulturellen Öffnung und Ausrichtung ihrer Angebote
- Förderung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Migranten

Integration fängt im Lebensumfeld an: Wohnen und Nachbarschaft, Kindergarten, Schule, Jugendtreff, Engagement in Vereinen, Bürgerinitiativen und Religionsgemeinschaften. Hier setzen die Maßnahmen an, seien es Sprachkurse, Jugend- und Gesundheitsprojekte, internationale Stadtteilstefte oder Arbeitskreise für ein friedliches Zusammenleben. Bewährt haben sich generationen- und nationalitätenübergreifende Angebote unter einem Dach:

Hausaufgabenhilfe, offene Jugendarbeit, Deutschkurse, Seniorentreff sowie deutsche und nichtdeutsche Vereinsaktivitäten – mit einem gemeinsam genutztem Bereich für Feste und Veranstaltungen. So können sich alle Stadtteilbewohner mit ihrem Bürgerhaus identifizieren und neue Kontakte knüpfen.

Im Zusammenhang mit der Integrationsarbeit in den Stadtteilen wäre noch zu nennen: interkulturelle Mediation als ein Beratungsangebot von

erfahrenen Streitschlichtern bei Konflikten zwischen Deutschen und Nichtdeutschen im Alltag, die meistens in der Nachbarschaft auftreten.

Entscheidend ist eine Gesamtkoordination der Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern in Abstimmung mit den Kooperationspartnern auf die vereinbarten Ziele hin, die in der Regel von der Stabsabteilung für Integrationspolitik geleistet wird. Die Maßnahmen sollen nicht ein Sammelsurium von zufällig entstehenden Projekten sein, was zu ineffizienten Parallelstrukturen führen würde. Die guten Praxiserfahrungen sollen gemeinsam evaluiert und in verbindliche Leitlinien, Konzepte und Qualitätsstandards münden, die zu einem nachhaltigem Transfer der interkulturellen Kompetenz im jeweiligen Handlungsfeld führen sollen. Wir wollen das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Wenn beispielsweise eine Erziehungsberatungsstelle eines Trägers gute Beratungsansätze in der Arbeit mit Migrantenfamilien entwickelt, dann soll dieses Wissen auch in den anderen Erziehungsberatungsstellen implementiert werden.

Eine wichtige Beratungsrolle für den Gemeinderat und die Stadtverwaltung übernimmt der Internationale Ausschuss (früher: Ausländerausschuss). Dieser beratende Ausschuss des Gemeinderats, historisch entstanden als eine kommunalpolitische Ausländervertretung,

entwickelt sich zunehmend zu einem Fachausschuss für Integrationsfragen und gibt wichtige Impulse und Empfehlungen zu den genannten Handlungsfeldern.

Dieser kurze Überblick erweckt vielleicht den Eindruck, dass in Stuttgart alles wunderbar funktioniert. Kommunale Integrationspolitik ist und bleibt aber ein mühsames Geschäft, weil viele Faktoren die Arbeit erschweren. Ich möchte nur kurz nennen: unbefriedigende rechtliche Regelung der Zuwanderung und der Integration (fehlende Einigung über ein neues Zuwanderungsgesetz – damit verbunden: unklare Perspektive der Sprachförderung durch Bund und Länder), Abbau von Migrationssozialdiensten (derzeit in Baden-Württemberg), die nach wie vor verbreitete Fremdenfeindlichkeit bei bestimmten Bevölkerungsgruppen und die Ausstrahlung von außenpolitischen Ereignissen (11. September, die Entwicklung in der Türkei, der Irak-Krieg) insbesondere auf das Verhältnis von Muslimen und Nichtmuslimen.

Im Bereich der Jugendkriminalität gehören auch in Stuttgart benachteiligte Migrant*innenjugendliche nach wie vor eine große Risikogruppe. Dies gilt für einen Teil der männlichen Jugendlichen mit Herkunft aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien, die als

Bildungsinländer bezeichnet werden können (also hier geboren und sozialisiert). Das heißt, mit zunehmender Aufenthaltsdauer nimmt die Integration nicht zwangsläufig zu und das Risiko straffällig zu werden nicht automatisch ab. Gerade gegenläufige Entwicklungen sind zu beobachten. Sie werden auch durch die Studien von Prof. Pfeiffer und seinen Kollegen bestätigt.

Eine weitere Risikogruppe sind junge männliche Spätaussiedler, die in der polizeilichen Kriminalstatistik als Deutsche gelten. Bei ihnen sind v.a. Gewaltdelikte in Zusammenhang mit Alkohol- oder Drogenmissbrauch ausgeprägt. Gerade in Bezug auf die drei genannten Gruppen – junge männliche Türken, „Jugos“ (z.B. Kosovo-Albaner) und „Russlanddeutsche“ ist zu beobachten, dass die eher autoritären Traditionen der Herkunftsgesellschaften nicht mehr von den Elternhäusern vermittelt bzw. von den Jugendlichen übernommen werden, dass aber fehlende Anerkennung in der deutschen Gesellschaft – oft verbunden mit schlechten Schulabschlüssen – die Außenseiterposition dieser Jugendlichen verfestigt. Die deutschen Jugendhilfeangebote erreichen diese Gruppen in nur unzureichendem Maße, so dass hier neue Ansätze in der Kriminalprävention zu suchen sind. Bevor ich Ihnen einen solchen Ansatz als „good practice“-Beispiel vorstelle, möchte ich aber auf die Sicherheitspartnerschaft der Stuttgarter Bevölkerung, der Stadtverwaltung und der

Landespolizeidirektion Stuttgart II für den Bereich der Kommunalen Kriminalprävention eingehen.

Kommunale Kriminalprävention

Stuttgart gehört nicht nur zu den Städten mit dem größten Ausländeranteil sondern auch zu den sichersten Großstädten im Bundesgebiet.

Oberbürgermeister Dr. Schuster schrieb dazu für die Zeitschrift „KKP aktuell“:

„Dieser Top-Position muss auch die subjektive Befindlichkeit in der Bevölkerung, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts entsprechen. Unsere Arbeit leitet dabei der Grundsatz: Wir dürfen nicht darüber reden, wie Sicherheit erhöht werden kann, sondern müssen gemeinsam, Verwaltung, Polizei und Bürgerschaft, durch unser Engagement zu mehr Sicherheit beitragen. Diese Sicherheitspartnerschaft ist die Grundlage der Kommunalen Kriminalprävention in der Landeshauptstadt Stuttgart. Wir setzen dabei auf die enge Vernetzung und Durchflechtung von zentralen und dezentralen Organisationsformen. (...) Insofern ist klar: Kommunale Kriminalprävention ist kein Randthema, sondern eine unserer zentralen Gemeinschaftsaufgaben.“

Wie beim „Bündnis für Integration“ spielt auch in der Kriminalprävention eine gute Zusammenarbeit aller Akteure die wichtigste Rolle.

Entscheidend ist die enge und unkomplizierte Kooperation zwischen dem Oberbürgermeister und dem Polizeipräsidenten. Die Bemühungen der Stadt und der Landespolizeidirektion Stuttgart II werden von einem sehr gut organisierten bürgerschaftlichen Engagement, also von seiten des Ehrenamts, unterstützt.

Eigens für den Bereich Sicherheit und Sauberkeit hat sich im April 1997 der Förderverein „Sicheres und Sauberes Stuttgart“ e.V. gegründet. Es wurden Sicherheitsbeiräte in allen Stadtbezirken eingerichtet, themenorientierte Arbeitsgruppen ins Leben gerufen und ein Verbindungsbeamter zur Koordinierung Kommunalen Kriminalprävention zwischen der LPD Stuttgart II und der Stadt Stuttgart – mit eigenem Büro im Rathaus – eingesetzt.

Darüber hinaus erfolgte eine Bündelung und Koordinierung der kommunalpräventiven Aktivitäten in der Stabsstelle des Oberbürgermeisters, die auch für die Integrationspolitik zuständig ist.

In dem jährlich erscheinenden Präventionsbericht wird diese vielfältige Arbeit dokumentiert und bilanziert. Die Förderung der Integration von Ausländern ist auch hier eine wichtige Aufgabe.

Unter dem Leitthema „Müttertraining“ führte ein Islamischer Kulturverein in einem Stadtteil zusammen mit dem örtlichen Polizeirevier im Jahr 2000 ein Gemeinschaftsprojekt durch, bei dem türkische Mütter über Drogen und Gewaltprobleme ihrer Kinder informiert und sensibilisiert wurden.

Ferner sind zu nennen: „Tour für Toleranz“ – eine Vortragsreihe zur Bekämpfung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalt, ein Fotowettbewerb für das beste Bild gegen Rassismus und Extremismus, Aktionstag „wir gemeinsam – Fest der Kulturen“ in einem Stadtteil in Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen sowie der 1-2 mal pro Jahr tagende Runde Tisch „Gegen Diskriminierung und für ein friedliches Zusammenleben in der multikulturellen Stadt“, der durch den Bürgermeister Dr. Blessing als Vorsitzenden des Internationalen Ausschusses und den Polizeipräsidenten Dr. Schairer einberufen wird. Der Runde Tisch vernetzt alle relevanten Behörden, Organisationen und Gruppen, um die Sicherheit der nichtdeutschen Mitbürger vor fremdenfeindlichen Aktionen und Straftaten zu optimieren, aber auch um Maßnahmen zur Vorbeugung von Ausländer- und Aussiedlerkriminalität zu entwickeln.

Somit ist der Runde Tisch eine wichtige Schnittstelle zwischen der kommunalen Integrationspolitik und der Kriminalprävention.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund profitieren natürlich auch von all den anderen kriminalpräventiven Maßnahmen wie Gewaltprävention an Schulen, Gemeinschaftserlebnis Sport, Selbstvertrauen durch Selbstbehauptung für Mädchen und Frauen sowie Angebote der Modelleinrichtung Haus des Jugendrechts.

Erfreulich ist das die Jugendkriminalität in Stuttgart seit 2001 wieder rückläufig ist, entgegen dem Landestrend. Allerdings nehmen Delikte von Kindern im 10-Jahresvergleich zu (+ 56,7 %). Der Ausländeranteil bei den unter 21-jährigen Tatverdächtigen ging in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurück und beträgt 39,7 % im Jahr 2002 (bereinigt, d.h. ohne Verstöße gegen AuslG: 36,2 %).

Studien des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen ergaben, dass der Anteil der Tatverdächtigen unter Jugendlichen mit ausländischer Herkunft zunimmt, je länger diese in Deutschland leben. Prof. Pfeiffer begründet dies damit, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund soziale Nachteile nach Ablauf einer gewissen Zeit nicht mehr als Ausdruck anfänglicher Eingliederungsschwierigkeiten in Kauf nehmen. Sie entwickeln Ansprüche, denen keine adäquaten Chancen und Perspektiven gegenüber stehen.

Junge Spätaussiedler als Risikogruppe

In Baden-Württemberg und auch in Stuttgart ist eine überdurchschnittlich hohe Anzahl tatverdächtiger Aussiedler im Verhältnis zu tatverdächtigen Deutschen insgesamt zu beobachten. Da Spätaussiedler als deutsche Staatsangehörige in der Kriminalstatistik nicht gesondert ausgewiesen werden, wurden gezielte Sonderauswertungen vorgenommen (Recherche Geburtsland). Während die Gesamtzahl der Straftaten in Stuttgart 1999-2001 insgesamt rückläufig war (- 10,3 %) und die Zahl der deutschen Tatverdächtigen in diesem Zeitraum abnahm (- 2,2 %), stieg der Anteil der tatverdächtigen Aussiedler deutlich an (+ 16,4 %).

Besorgnis erregend ist der Anstieg der Rauschgiftkriminalität und des eigenen Drogenmissbrauchs sowie massive Ordnungsstörungen unter Alkoholeinfluss.

Der Suchthilfekoordinator der Stadt Stuttgart initiierte daher in Kooperation mit der Stabsabteilung für Integrationspolitik und mit verschiedenen Trägern das Projekt „Suchtprävention und Suchthilfe für russisch sprechende Migrantinnen und Migranten in Stuttgart“, angelegt auf drei Jahre ab 2003. Ein Kooperationspartner im Projekt ist auch der Verein „Deutsche Jugend aus Russland“.

Das Patenschaften- und Mentorenprogramm der Deutschen Jugend aus Russland e.V.

Der Verein „Deutsche Jugend aus Russland“ e.V. (DJR) ist eine eigenständige Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Die DJR hat über 600 aktive Mitglieder in Stuttgart und ca. 5.500 bundesweit. Der Verein ist auch Mitglied im Stadtjugendring Stuttgart.

Die DJR verfolgt einen Empowerment-Ansatz mit persönlicher Betreuung der Jugendlichen durch Paten und Mentoren im Verein. Die Rolle der Mentoren übernehmen aktive Jugendliche im Verein, die Vorbildfunktion haben. Die DJR arbeitet mit der Landespolizeidirektion II und der Bewährungshilfe zusammen, um gewaltgeneigten Jugendlichen den Ausstieg aus der Kriminalität und die Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen. Bei diesem Projekt werden ehrenamtliche Mitarbeiter für Straffällige vom Präsidenten des Landgerichts Stuttgart auf ihr Amt verpflichtet. Die Ehrenamtlichen erhalten einen Einführungskurs in ihre Tätigkeit, ferner Weiterbildung und regelmäßige Fallsupervision. Die Straffälligen werden in der Vollzugsanstalt besucht und auf ihre Entlassung vorbereitet. Es gibt eine durchgehende Betreuung vom Vollzug in die Bewährung. Die Jugendlichen leisten ihre Stunden für gemeinnützige Arbeit bei der DJR ab und lernen dadurch das

pädagogische Angebot des Vereins kennen. Darüber hinaus werden kriminalpräventive Gruppenangebote in Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt.

Von bisher 25 in diesem Programm erreichten Jugendlichen gelten 23 als nicht mehr gefährdet. Das Patenschaften- und Mentorenprogramm soll nun von der DJR auch in anderen Städten aufgebaut werden.

Für dieses Projekt bekam der Verein auch eine Auszeichnung des Bundespräsidenten im Rahmen des Integrationswettbewerbs „Auf Worte folgen Taten“.

Im Stuttgarter Osten führt die DJR in Zusammenarbeit mit dem Landessportverband Baden-Württemberg, dem Bezirksbeirat, der Polizei und anderen Stellen das Projekt „Boxen im Osten“ durch, bei dem es darum geht, Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle Alternative zu Drogenkonsum und Gewalt zu bieten. Als Trainer und Betreuer konnten international erfolgreiche Sportler gewonnen werden, die auch Mitglieder im Verein sind, darunter Vitali Tajbert, Juniorenweltmeister und sechsfacher deutscher Meister im Boxen sowie Alexander Krist als deutscher Meister. Den Jugendlichen soll nicht nur eine attraktive pädagogische Freizeitbetreuung angeboten werden – sie werden auch zu sportlichen Leistungen angespornt. Wie beim Patenschaften- und Mentorenprogramm richtet sich das Projekt nicht nur an Spätaussiedler, sondern an alle interessierten Jugendliche.

Die DJR versteht sich als eine Organisation von deutschen Jugendlichen mit Migrationshintergrund in *dieser* Gesellschaft und nicht als eine Landsmannschaft von Russlanddeutschen, die ihr Brauchtum aus den Herkunftsländern der ehem. UdSSR pflegen will.

Für den Erfolg dieses Vereins gibt es mehrere Gründe. Zum einen sind es die zahlreichen Aktiven mit Vorbildcharakter, voran das Ehepaar Strohmaier und Waldemar Welter, die es schaffen, den buchstäblich heimatlosen Jugendlichen eine neue Gemeinschaft zu bieten, in der sie Anerkennung und Ermutigung bekommen, in die sie sich aber auch einfügen müssen. Gewalt- und Drogenverzicht sind Voraussetzung für die Teilnahme im Verein, und die Jugendlichen dürfen ihre Räume selbst renovieren und verwalten. Gelungene Beispiele der Integration von Jugendlichen werden in öffentlichen Veranstaltungen gewürdigt und gefeiert, an der auch hochrangige Vertreter der Stadt oder des Landes teilnehmen. Die Jugendlichen können und sollen ihre Kompetenzen und Talente einbringen, so dass neben dem Sportprojekt „Boxen im Osten“ auch Tanzkurse und eine Kunstschule aufgebaut wurden.

Die DJR ist bereit, andere Stuttgarter Migrantenvereine für das Mentorenprogramm zu gewinnen und zu schulen.

Leider ist die Arbeit des Vereins finanziell längerfristig nicht gesichert.

Sie steht und fällt mit dem Engagement der Ehrenamtlichen.

Es ist deshalb unsere Aufgabe, dem Verein bei der Erschließung neuer Fördermittel zu helfen.

Das Potential der ehrenamtlich Aktiven in den Migrantenvereinen wurde bisher zu wenig für die Integrationsarbeit und für die Kriminalprävention genutzt. Diese Personen haben andere Zugänge zu den Migranten als professionelle Einrichtungen, insbesondere in der Elternarbeit. Sie sind wichtige „Türöffner“ und „Berater zwischen den Welten“ und deshalb wichtige Kooperationspartner bei allen integrationsfördernden Maßnahmen, von der Sprach- und Bildungsförderung, über berufliche Qualifizierung und Projekte im Gesundheitsbereich bis hin zur künstlerischen Förderung und der selbstbewussten Partizipation der Migrant*innenjugendlichen im öffentlichen Leben der Kommune.

Der eingangs vorgestellte Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik beinhaltet letztendlich auch eine stärkere Einbeziehung und Unterstützung dieser selbstorganisierten Gruppen als gleichberechtigte Gestalter unserer internationalen Stadtgesellschaften.

Abschließende Bemerkung

Vielleicht haben Sie durch meine Ausführungen Interesse bekommen, mehr über unsere Arbeit zu erfahren.

Ich freue mich deshalb besonders, dass der 9. Deutsche Präventionstag nächstes Jahr in Stuttgart abgehalten wird.